

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Abschaffung der Entgelte für weiterbildende Master-Studiengänge**

5

6 Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft wird aufgefordert, die Abschaffung der Ent-
7 gelte für weiterbildende Master-Studiengänge ohne direkten beruflichen Bezug zu beantragen.
8 Nach § 109 (3) des Bremischen Hochschulgesetzes erheben die Hochschulen aufgrund von Ent-
9 geltordnungen Studiengebühren für weiterbildende Master-Studiengänge. Da es in Bremen je-
10 doch auch weiterbildende Master-Studiengänge gibt, die weder berufsbegleitend sind noch
11 berufspraktische Erfahrungen voraussetzen, sollen diese entgeltfrei angeboten werden.
12 Wichtigste Voraussetzung dafür ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der staatlichen
13 Hochschulen, so dass die weiterbildenden Master-Studiengänge nicht automatisch geschlossen
14 werden müssen. Dazu gehören sowohl Personal und Sachmittel als auch Einrichtungen.

15 **Begründung:**

16 Die konsekutiven und nicht-konsekutiven Master-Studiengänge sind bereits gebührenfrei. Den
17 Hochschulen bleibt aber ein großer Spielraum bei der Zuteilung der Master-Studiengänge in
18 eine der drei Kategorien. Die oben erwähnten weiterbildenden Master-Studiengänge werden
19 gewohntermaßen direkt im Anschluss an einen Bachelor studiert und stellen somit keine wei-
20 terbildenden Angebote im klassischen Sinne dar. Darüber hinaus bieten sie nicht die Möglich-
21 keit, parallel eine berufliche Tätigkeit auszuüben.

22 Um die Chancengleichheit im Bildungssystem vollständig durchzusetzen, ist auch für diese Mas-
23 ter-Studiengänge die Gebührenfreiheit erforderlich. Zudem können Absolventinnen und Absol-
24 venten der öffentlichen Hochschulen nur mit attraktiven Master-Angeboten als zukünftige
25 Fachkräfte in Bremen gehalten werden.